

BERATUNGSGESPRÄCH ÜBER RECHTSSTAATLICHE LÖSUNGEN FÜR DIE SERBIEN-KOSOVO-VERHÄLTNISSE

RUNDTISCHGESPRÄCH IN ORGANISATION DER KAS RSPSOE UND KAS BELGRAD
 (BUDVA, MONTENEGRO, 25-28 NOVEMBER 2012)

Im Namen des Rechtsstaatsprogramms Südosteuropa der Konrad-Adenauer-Stiftung darf ich Sie herzlich zu unserer Tagung zum Thema „Institutionelle Lösungen für das Verhältnis Serbien-Kosovo begrüßen.

Ich begrüße Teilnehmer aus Belgrad, Novi Sad, Pristina und mit Professor Gornig auch einen Gast aus Deutschland.

Mein Dank gilt gleich zu Anfang Frau Professor Pajvancic von der Fakultät für europäische rechts- und politikwissenschaftliche Studien der Universität Novi Sad, die die Initiative für diese Tagung ergriffen hatte und er gilt Ihnen allen für die Bereitschaft, unsere Einladung anzunehmen.

Längere Zeit wäre eine solche Begegnung wohl gar nicht denkbar gewesen, angesichts der Spannungen und Konflikte auch in der jüngeren Vergangenheit.

Aber glücklicherweise gibt es Anzeichen für eine Entspannung des Verhältnisses.

Ich bewerte es als sehr positiv, dass sich die Premierminister Ivica Dacic und Hashim Taci in diesem Jahr bereits zweimal getroffen haben, nämlich am 19. Oktober

und am 7. November in Brüssel. In diesem Sinne ist es zu begrüßen, dass sich die zwei Seiten etwa auf ein integriertes Management der Übergänge zwischen Serbien und Kosovo oder auf die Durchführung einer Machbarkeitsstudie über eine künftige Autobahn zwischen Niš und Pristina geeinigt haben. Offenbar ist der politische Wille auf beiden Seiten vorhanden, im direkten Dialog nach gemeinsamen Lösungen zu suchen – und das wäre im Interesse aller Menschen in der Region.

Schließlich haben die Menschen in der Region, gleich ob sie in Belgrad, Pristina oder einer anderen Stadt wohnen, auch gemeinsame Interessen.

Jeder hat ein Interesse daran, dass Konflikte friedlich gelöst werden, gewaltsame Auseinandersetzungen kennen nur Verlierer.

Jeder hat ein Interesse daran, dass Institutionen funktionieren, auf staatlicher wie auf kommunaler Ebene.

Jeder hat ein Interesse daran, Rechtsstaatlichkeit herrscht, organisiertes Verbrechen ebenso wirksam bekämpft wird

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

**RECHTSSTAATSPROGRAMM
SÜDOSTEUROPA**

THORSTEN GEISSLER

November 2012

www.kas.de/rspsoe

www.kas.de

wie Korruption, dies wirkt sich direkt auf die Lebensqualität der Menschen aus.

Und viele Menschen in der Region wünschen sich eine europäische Perspektive für Serbien und für Kosovo. Das aber setzt eine Normalisierung der Beziehungen voraus, denn die Europäische Union kann keine „Konfliktregion“ aufnehmen.

Wie ein Prozess der Annäherung gestaltet werden kann, darüber befinden die Verantwortlichen in Belgrad und Pristina, die Europäische Union, die europäischen Staaten können diesen Prozess lediglich unterstützend begleiten. Und auch wir als Konrad-Adenauer-Stiftung leisten gern einen bescheidenen Beitrag dazu, denn unsere Stiftung fördert den Prozess der europäischen Einigung, setzt sich ein für Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und den Schutz der Menschenrechte.

Wir werden im Rahmen dieser Tagung über einen denkbaren institutionellen Rahmen und ein mögliches Verfahren zur Herstellung zwischeninstitutioneller Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo sprechen, und dazu haben wir mit Professor Gornig ganz bewusst einen Gast aus Deutschland eingeladen. Denn Deutschland war 40 Jahre geteilt, lange herrschte ein kalter Krieg bis dann in den 70 Jahren ein Entspannungsprozess eingeleitet wurde.

Natürlich lassen sich die Lösungen, die von den beiden deutschen Staaten gefunden wurden, nicht nahtlos auf das Verhältnis Serbien – Kosovo übertragen. Wenn sich aber bei der Betrachtung des Verhältnisses beider deutscher Staaten der eine oder andere Gesichtspunkt identifizieren ließe, der einer Lösung des von uns diskutierten Problems förderlich sein könnte, so wäre dies bereits ein Gewinn.

Im übrigen lässt das Völkerrecht bei der Gestaltung schwieriger bilateraler Beziehungen vielfältige Lösungen zu, wir

sollten die verschiedenen Möglichkeiten ausführlich diskutieren.

Der grenzübergreifenden Zusammenarbeit kommt eine große Bedeutung zu, manche Probleme machen an Grenzen nicht halt. In diesem Zusammenhang sind nicht nur die Beziehungen zwischen Regierungen wichtig, sondern auch das Verhältnis der kommunalen Gemeinschaften spielt eine große Rolle.

Der Schutz von Menschenrechten umfasst auch immer den Schutz von Minderheiten, und auch damit wollen wir uns befassen. Wie kann gewährleistet werden, dass Menschen ihre Identität wahren können, ihre Sprache, ihre Kultur, ihre Traditionen, was muss getan werden, damit Minderheiten in Parlamenten und kommunalen Selbstverwaltungsorganen angemessen vertreten sind?

Schließlich wollen wir uns mit der Frage befassen, welchen Beitrag die Zivilgesellschaft beim Aufbau eines besseren gegenseitigen Verständnisses und zu einer Annäherung beider Seiten leisten kann.

Sie alle habe allein durch die Teilnahme an dieser Tagung zum Ausdruck gebracht, dass sie an der Erarbeitung konstruktiver Lösungen mitwirken möchten, und dafür danke ich Ihnen herzlich.

Die vor uns liegenden Diskussionen werden gewiss auch kontrovers verlaufen, es wäre auch falsch Meinungsverschiedenheiten und Interessenkonflikte nicht zur Sprache zu bringen. Wenn es uns aber gelingt, diese in einem konstruktiven und von gutem Willen geprägten Arbeitsklima zu tun, so wird sich dies gewiss positiv auf die Erarbeitung möglicher Lösungsvorschläge auswirken. Und es wird die Bereitschaft fördern, auch in Zukunft zu Gesprächen zusammen zu kommen, um gemeinsam über Probleme und ihre mögliche Lösung nachzudenken.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

RECHTSSTAATSPROGRAMM

SÜDOSTEUROPA

THORSTEN GEISSLER

November 2012

www.kas.de/rspsoe

www.kas.de

Die Konrad-Adenauer-Stiftung freut sich darüber, heute und an den kommenden zwei Tagen ihr Gastgeber sein zu dürfen. Ich wünsche uns allen viele gute Gespräche und der Tagung insgesamt einen guten Verlauf!